

# Keine weiteren PV-Freiflächenanlagen

## Gemeinderat lehnt Ausweitung von Radldorf West III ab

Der Antrag auf Verlegung der Eingrünung der Photovoltaik-Freiflächenanlage Radldorf West III wurde in der Sitzung des Gemeinderates Perkam am Montagabend abgelehnt. Ebenso erteilte der Gemeinderat dem Antrag auf Erweiterung der PV-Anlage eine Absage und bezog sich auf den Grundsatzbeschluss vom 15. April, keine weiteren PV-Freiflächenanlagen mehr zu genehmigen. Die Personalsituation im Bereich Kinderbetreuung werde immer problematischer, deshalb einigte sich der Gemeinderat mittels eines Grundsatzbeschlusses, Arbeitsmarktzulagen gewähren zu können. Stellvertretende Leiterin für Kindergarten bestellt. Zunächst gab Bürgermeister Hubert Ammer die Beschlüsse aus dem nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung bekannt. Den Zuschlag für Planungen der Gewerbegebietserweiterung erhielt das Planungsbüro MKS in Ascha. Außerdem werde Natalie Kammermeier zur ständigen stellvertretenden Leitung des Kindergartens St. Martin in Perkam bestellt, wie Hubert Ammer öffentlich bekannt gab. Es liege ein Antrag vor, die Eingrünung der PV-Anlage Radldorf West III nicht direkt an der PV-Anlage zu realisieren, sondern sie an den Rand des Grundstücks und damit an den vorbeiführenden Feldweg zu schieben. Hubert Ammer sehe dies problematisch, da die Bepflanzung in den Weg hineinwachse und dies vor allem den landwirtschaftlichen Verkehr beeinträchtigen könne. Der Gemeinderat lehnte den Antrag ab, die Eingrünung soll so, wie es in der Planung festgelegt wurde, umgesetzt werden. Der Ausweitung des Sondergebietes Radldorf West III stand der Gemeinderat ablehnend gegenüber. Bürgermeister Ammer verwies auf den Grundsatzbeschluss vom 15. April diesen Jahres, keine weiteren PV-Freiflächenanlagen zu genehmigen, da man der Meinung sei, dass auf den Gemeindeflächen bereits überproportional PV-Flächen stehen. Außerdem sei die Anlage nahe an der Bebauung, der Antrag wurde daher, mit einer Gegenstimme, abgelehnt. Hubert Ammer skizzierte die schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt für Erzieherinnen und auch für die Mittagsbetreuung. Deshalb gelte es einen Grundsatzbeschluss zu fassen, um Bewerbern mit einer hohen Qualifikation Arbeitsmarktzulagen gewähren zu können. So werde die Gemeinde als Arbeitgeber attraktiver und binde auch Personal, so Ammer. Dies heiße aber nicht, dass jeder Mitarbeiter eine Arbeitsmarktzulage (AMZ) erhalte. Eine AMZ müsse gerechtfertigt sein, sei es durch eine höherwertige Ausbildung oder besonderes Engagement, bat Ammer um Zustimmung. Die Gewährung einer AMZ

unterliege immer einer Einzelfallentscheidung, dies betreffe sowohl die Höhe wie auch die Laufzeit der Zuschläge, so Bürgermeister Ammer. Der Gemeinderat stimmte zu. Einzelne Waldflächen werden umgestaltet. Eine Besprechung mit Ortstermin mit der Unteren Naturschutzbehörde sowie mit Paul Hien in den gemeindlichen Waldgrundstücken zog ein positives Ergebnis nach sich, berichtete 3. Bürgermeister Christian Bindl. Mehrere Maßnahmen in den gemeindlichen Waldgrundstücken können so gestaltet werden, dass sie verschiedenen Amphibien Lebensraum bieten, und könnten so als Ökokontoflächen angerechnet werden. Der übrige Gemeindewald könne weiterhin nach waldbaulichen Grundsätzen bewirtschaftet werden, wie Christian Bindl weiter erläuterte, dies sei insbesondere im Hinblick auf die konsequente Entnahme von borkenkäferbefallenen Bäumen wichtig.